

HASKALA

Wissenschaftliche Abhandlungen

Herausgegeben vom
Moses Mendelssohn-Zentrum
für europäisch-jüdische Studien
und
Salomon Ludwig Steinheim-Institut
für deutsch-jüdische Geschichte

Band 15

Redaktion: Elisabeth Heid
unter Mitarbeit von Rolf Herzog

1995

Georg Olms Verlag
Hildesheim · Zürich · New York



"Halte fern dem ganzen Lande jedes
Verderben..."

Geschichte und Kultur der Juden
in Pommern

Ein Sammelband

Herausgegeben von
Margret Heitmann und Julius H. Schoeps
unter Mitwirkung von Bernhard Vogt

1995

Georg Olms Verlag

Hildesheim · Zürich · New York



Umschlagmotiv: Chanukkaleuchter (1835), Synagoge Stettin
Aus: Jacob Peiser, Die Geschichte der Synagogengemeinde
Vorsatzabbildung: Pommern in den Grenzen von 1933
Aus: Der Große Brockhaus, 1933

*

Das dieser Publikation zugrundeliegende Forschungsprojekt sowie die Drucklegung wurden mit Mitteln des Bundesministeriums des Innern gefördert.

*

Das Werk ist urheberrechtlich geschützt.
Jede Verwertung außerhalb der engen Grenzen
des Urheberrechtsgesetzes ist ohne Zustimmung
des Verlages unzulässig und strafbar.
Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen,
Übersetzungen, Mikroverfilmungen
und die Einspeicherung und Verarbeitung
in elektronischen Systemen.

Die Deutsche Bibliothek - CIP-Einheitsaufnahme

„Halte fern dem ganzen Lande jedes Verderben...“:
Geschichte und Kultur der Juden in Pommern ; ein Sammelband /
hrsg. von Margret Heitmann und Julius H. Schoeps unter Mitw. von
Bernhard Vogt. - Hildesheim ; Zürich ; New York : Olms, 1996
(Haskala ; Bd. 15)
ISBN 3-487-10074-6
NE: Heitmann, Margret [Hrsg.]; GT

© Georg Olms Verlag AG, Hildesheim 1995
Alle Rechte vorbehalten
Printed in Germany
Gedruckt auf säurefreiem und alterungsbeständigem Papier
Umschlaggestaltung: Prof. Paul König, Hildesheim
Herstellung:
ISSN 0943-4364
ISBN 3-487-10074-6

Inhalt

Vorwort	9
Regionalgeschichte	
<i>Erika Herzfeld</i> Aus der Geschichte der hinterpommerschen Juden bis zum Ende des 18. Jahrhunderts	19
<i>Gerhard Salinger</i> Jüdische Gemeinden in Hinterpommern	37
<i>Lars Bäcker</i> Juden in Schwedisch-Vorpommern	77
<i>Wolfgang Wilhelmus</i> Juden in Vorpommern im 19. Jahrhundert	99
Stadtgeschichte	
<i>Peter Genz</i> 170 Jahre jüdische Gemeinde in Stralsund. – Ein Überblick	119
<i>Wolfgang Wilhelmus</i> Juden in Greifswald und Umgebung von den Anfängen bis 1933	145
<i>Gerhard Salinger</i> Die jüdische Gemeinde in Stolp	163
<i>Egon Krüger/Wolfgang Wilhelmus</i> Juden in Pasewalk und Umgebung	173
<i>Heinz Bemowsky/Wolfgang Wilhelmus</i> Jüdisches Leben in Anklam	183
<i>Erla Vensky</i> Juden im Kreis Demmin	193
<i>Gerhard Strübing</i> „Die Davidsohns und Müllers waren Menschen wie wir ...“ Juden in Grimmen.	209

<i>Margret Heitmann</i> Synagoge und freie christliche Gemeinde in Stettin.– Versuch einer ungewöhnlichen Annäherung	225
Sozial- und Wirtschaftsgeschichte	
<i>Erika Herzfeld</i> Förderung gewerblicher Entwicklung durch Juden in Hinterpommern im 18. Jahrhundert	239
<i>Harald Lordick</i> Die ‚Judenstadt‘ an der Leba. Zum Plan einer Stadtgründung in Pommern im 18. Jahrhundert	255
<i>Erika Herzfeld</i> Jüdische Kaufleute in Hinterpommern – Mittler zwischen Ost und West	265
<i>Dorothea Elisabeth Deeters</i> Jüdische Gutsbesitzer in Pommern 1830 bis 1936	279
<i>Günther Frieß</i> „Erst eine Blinde machen und dann eine Schanden machen“. Zur Lebenswelt jüdischer Räuberbanden unter besonderer Berücksichtigung Pommerns	297
<i>Jörg H. Fehrs</i> „... fanden in unserem tristenreichen Pommern treffliche Äcker.“ Zur Situation jüdischer Lehrer und Schüler in Pommern während des 19. Jahrhunderts	315
<i>Helmut Neubach</i> Jüdische Politiker aus und in Pommern	343
<i>Thomas M. Ruprecht</i> Das jüdische Kurhospital in Kolberg 1874-1938	353
<i>Axel Vinkmann</i> Soziales Engagement als religiöse Pflicht: Das Israelitische Waisenhaus in Stettin	367

Antisemitismus und Holocaust*Bernhard Vogt*

Antisemitismus und Justiz im Kaiserreich: Der Synagogenbrand in Neustettin 379

Ludger Heid„Die Juden sollen ruhig verbrennen“
Ostjuden im Konzentrationslager Stargard (1921) 401*Eva-Maria Auch*

Die Verfolgung jüdischer Hochschullehrer in Greifswald 429

*Eckhard Oberdörfer*Jüdische Studentenverbindungen und akademischer Antisemitismus
an der Universität Greifswald 439*Bogdan Frankiewicz/Wolfgang Wilhelmus*Selbstachtung wahren und Solidarität üben: Pommerns Juden wäh-
rend des Nationalsozialismus 453*Marion Brandt*Ausbürgerung und Enteignung einer Stettiner Familie. Briefe aus der
Deportation und Emigration 473**Anhang***Elisabeth Brachmann-Teubner*Geschichte und Aufgaben des Gesamtarchivs der deutschen Juden
unter besonderer Berücksichtigung Pommerns 487

Bibliographie. Zusammengestellt von Axel Vinkmann 499

Autoren 537

Personenregister 547

Ortsregister 565

Eva-Maria Auch

Die Verfolgung jüdischer Hochschullehrer in Greifswald

Die Wissenschaftsgeschichte deutscher Hochschulen ist ohne die Verdienste von jüdischen Mitgliedern nicht vorzustellen. Die durch die Naziherrschaft hervorgerufenen Opfer sind unmeßbar selbst in einem relativ überschaubaren Bereich wie die Greifswalder alma mater. Lückenhafte Aktenbestände und begrenzte Forschungskapazitäten erschweren ein vollständiges Bild vom Wirken jüdischer Hochschullehrer und wissenschaftlicher Mitarbeiter an der Greifswalder Universität.

Eine erste Einsicht in die Quellen aus den Jahren der Machtübernahme der Nationalsozialisten, die im Universitätsarchiv zugänglich sind, ergab folgendes Bild:

In der Zeit vom Erlaß des „Gesetzes zu Wiederherstellung des Berufsbeamtentums“ vom 7. April 1933 bis zu den Nürnberger Gesetzen im Herbst 1935, konzentrierte sich die Aufmerksamkeit auf die Umstrukturierung des gesamten Universitätslebens. Das Ziel war, das Führungsprinzip durchzusetzen und den nazistischen Organisationen größte Entscheidungsbefugnisse einzuräumen. Die Mitglieder der Hochschule wurden überprüft, wobei zunächst politisch aktive Gegner und „Glaubensjuden“ aus der Mitarbeiter- und Studentenschaft „beurlaubt“, versetzt und entlassen wurden. Seit 1934 entzog man „jüdisch versippten“ Hochschullehrern die Prüfungsbefugnis und erklärte die Teilnahme von „Nichtariern“ an Senats- und Fakultätssitzungen als „nicht erwünscht“.¹

Nach dem Erlaß der Nürnberger Gesetze wurden am 28. Oktober 1935 an der Universität Fragebögen ausgegeben, in denen innerhalb von 24 Stunden Auskunft über die Parteizugehörigkeit und Abstammung zu geben war. Die angegebene „Rasse“ wurde mit Rotstift in den Personalunterlagen vermerkt, eine entsprechende Meldung über den „Grad der jüdischen Versippung“ betroffener Hochschullehrer und wissenschaftlicher Mitarbeiter erging umgehend an das Reichsministerium für Wissenschaft, Erziehung und Volksbildung. Auf dieser Grundlage fielen von 1936 bis 1938 unter Hinzuziehung von Beurteilungen des *Nationalsozialistischen-Dozentenbundes* Entscheidungen über die jeweilige Verfahrensweise zur „Verdrängung Fremdstäm-

1 Vgl. Universität Greifswald – 525 Jahre, Berlin 1982, S. 43.

miger“ aus Lehre und Forschung. Diese war abhängig vom Grad der jüdischen Herkunft, eventuellen Kriegsverdiensten, früherer oder aktueller politischer Aktivität, wissenschaftlicher Stellung und kollegialer Haltung, öffentlichem Ansehen sowie dem Alter des Betroffenen. Das zynische Resultat war, daß im Laufe des Jahres 1938 bis Anfang 1939 die Greifswalder Universität von „nichtarischen Lehrkräften gereinigt“ wurde.

In Deutschland führte diese „Aktion“ zum Verlust von cirka einem Drittel aller Hochschullehrkräfte, und wahrscheinlich wurden 45 Prozent aller Universitätsstellen neu besetzt. Allein in den ersten beiden Jahren der Naziherrschaft verließen rund 1 200 Professoren Deutschland, darunter 412 Mediziner, 173 Ökonomen, 132 Juristen, 106 Physiker und 95 Philologen.²

Die menschliche und wissenschaftliche Tragweite jener Entwicklungen wird durch die Betrachtung von Einzelschicksalen an der Greifswalder Universität sichtbar:

Zu den Betroffenen³ gehörte einer der prominentesten deutschen Historiker, Ernst Bernheim.⁴ Im Jahre 1850 in Hamburg geboren, wirkte er seit 1883 am Greifswalder Historischen Seminar als außerordentlicher, ab 1889 als ordentlicher Professor für mittlere und neuere Geschichte. Obwohl emeritiert, erhielt er am 28. Oktober 1935 und am 17. Dezember 1937 die Aufforderung, seine Abstammung nachzuweisen. Verzeichnete er 1935 noch

2 Vgl. B. Engelmann, *Deutschland ohne Juden*, Berlin 1988, S. 160.

3 Vgl. Universitätsarchiv Greifswald (UAG). R 376, *Juden 1933 – 1944*. Die hier aufgeführte, sicher unvollständige Liste diskriminierter Hochschullehrer führt sieben Betroffene auf, unter denen auch Nichtjuden erfaßt sind:

E. Bernheim – Professor, Historiker, jüdischer Abstammung.

L. Mackensen – Dozent für deutsche und nordischen Philologie und Volkskunde, abgelehnt bei der Neubesetzung des Lehrstuhls für Germanistik 1937 aufgrund seines Engagement gegen den Antisemitismus und seine Mitarbeit bei der C.V.-Zeitung (vgl. auch Personalakte Mackensen, 240).

K. Ziegler – Professor, Philologe, 1933 wegen Verbindungen zur Sozialdemokratie aus der Universität entlassen, 1938 Hilfe für den jüdischen Rechtsanwalt Dr. Schwabe (Berlin), dafür 1940 Strafverfahren (vgl. auch Personalakte Ziegler, 196).

W. Steinhausen – Professor, Mediziner, „Mischling 2. Grades“.

W. Jacobi – Professor, Mediziner, Dienststrafverfahren wegen Verschweigen der jüdischen Herkunft seiner Frau.

P. Merkel – Professor, Jurist, 1935 als „Vierteljude“ entpflichtet.

J. Junker – Professor, Jurist, 1935 als „Volljude“ rumänischer Herkunft aus dem Staatsdienst entlassen.

4 Vgl. UAG, Personalakte Bernheim, 10. Zum Werk von Bernheim vgl. H. Buszello, in: *Deutsche Geschichtsdidaktiker des 19. und 20. Jahrhunderts*, Paderborn u.a. 1978, S. 219-256, H. W. Blanke, in: *125 Jahre Historisches Seminar/Sektion Geschichtswissenschaft Greifswald, Wissenschaftliche Beiträge der Ernst-Moritz-Armdt-Universität, Greifswald 1990*, S. 33-44.

den Übertritt seiner Eltern 1848 zur evangelischen Gemeinde, verzichtete er im 1937er Fragebogen darauf und vermerkte die Zugehörigkeit seiner Eltern zur deutschen „Freijüdischen Gemeinde“. Sein Alter und vor allem sein hohes Ansehen in den Universitätskreisen ließen die Leitung der alma mater auf eine möglichst „schonende Behandlung“ dringen. Die Universitätsleitung verzichtete auf eine Streichung seines Namens aus den Vorlesungsverzeichnissen. Am 21. Februar 1935 konnte in der Greifswalder Zeitung noch eine Würdigung seines Schaffens anlässlich des 85. Geburtstages erscheinen, während 1940 das Rektorat die ausdrückliche Genehmigung des Reichsministeriums einholte, um „Bernheim, obwohl kein Arier, Glückwünsche darzubringen“.⁵ Selbst nach seinem Tode setzte sich die Diskriminierung fort. Über ein Jahr, bis zum 22. Juli 1943 rang die Familie Bernheims sogar mit Unterstützung der Hochschule, um eine würdige Urnenstätte auf dem Städtischen Friedhof.

Die Repressalien trafen Fritz Curschmann⁶ härter, der 1874 in Berlin geboren wurde und nach seiner Ausbildung in Hamburg, Freiburg und Leipzig als Schüler des Wirtschaftshistorikers Karl Lamprecht seit 1905 an der Greifswalder Universität als Professor für Geschichte wirkte. Bleibende Verdienste erwarb er sich durch die Sammlung gedruckter und ungedruckter historischer Karten sowie die Erarbeitung von historischen Atlanten für Brandenburg, Pommern und andere nordeuropäische Regionen. Im Jahre 1926 begründete er in Greifswald das erste deutsche Seminar für historische Geographie, das sich regen Zuspruchs erfreute. Seine Verdienste bei der Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses und der Forschung fanden 1928 in Oslo auf dem Internationalen Kongreß der historischen Wissenschaften durch die Berufung zum Vorsitzenden des neu gegründeten Unterausschusses für historische Geographie ihre gebührende Anerkennung. Damit avancierte Greifswald zugleich zur Geschäftsstelle des internationalen Verbandes. Studienreisen führten Curschmann nach Österreich, der Schweiz und Nordeuropa. Er vertrat die deutschen Historiker auf Tagungen in Brüssel, Lüttich, Haag und Budapest. In Greifswald entstand eine Sammlung von circa 10 000 Vordruckblättern historischer Karten (während des Zweiten Weltkrieges nach Lübeck ausgelagert), die 1933 in Warschau anlässlich des Internationalen Historikerkongresses eine der größten historisch-geographischen Ausstellungen ermöglichte. Curschmann förderte das Ansehen der Greifswalder Universität im In- und Ausland. Die Auswirkungen der natio-

5 UAG, Personalakte Bernheim, 10. Schreiben vom 3. Februar 1940 von Metzner unterzeichnet; am 14. erfolgte per Schnellbrief die positive Antwort.

6 Vgl. UAG, Personalakte Curschmann, 274.

nalsozialistischen Politik, die „Rassenzugehörigkeit“ über wissenschaftliche Leistung stellte, trafen ihn auf dem Höhepunkt seiner Karriere.

Durch eine jüdische Großmutter galt er als „Mischling 2. Grades“. In Anwendung des Arierparagraphen wurde Curschmann mit Wirkung vom 1. April 1936 die Mitgliedschaft im wissenschaftlichen Prüfungsamt entzogen. Das brachte ihm als Vater von vier Kindern nicht nur materielle Einbußen, sondern führte schließlich zum Zusammenbruch seiner Kollegs.

Im Sommer 1937 teilte ihm das Reichsministerium mit, seine Teilnahme an der Jahreshauptversammlung des Unterausschusses für historische Geographie in Bukarest sei unmöglich. Gleichzeitig erhielt Curschmann die Aufforderung, von seinem Amt als Ausschußvorsitzender zurückzutreten, womit seine internationale Wirkungsmöglichkeiten zusätzlich drastisch eingeschränkt wurden.

Mit Bezug auf einen Ministererlaß vom 22. Juni 1938 erging am 2. Juli an den Historiker die Aufforderung des Rektors, einen Antrag auf vorzeitliche Entpflichtung einzureichen, welcher er sich unter Angabe von fachlichen und familiären Gründen mit der Unterstützung von Fakultätsmitgliedern in einem ausführlichen Schreiben vom 18. Juli 1938 widersetzte. In Anbetracht des internationalen Ansehens seiner Person und seines fortgeschrittenen Alters kam es zu einem Kompromiß. Seine Emiritierung erfolgte am 31. März 1939 und ebenso wie bei Professor Bernheim ohne Streichung aus dem Personal- und Vorlesungsverzeichnis. Als Wissenschaftler und Lehrer war er aus dem Schaffensprozeß gerissen. Nach 1945 wurde Curschmann rehabilitiert und bis zu seinem Unfalltod am 5. Februar 1946 wirkte er am Wiederaufbau der Universität mit. Posthum erschien 1948 sein erster Textband zu den Matrikelkarten von Vorpommern.

Der Orientalist Werner Caskel,⁷ der von 1930 bis 1938 in Greifswald lehrte, stand am Beginn einer hoffnungsvollen akademischen Laufbahn. Am 5. März 1896 in Danzig als Kaufmannssohn geboren, studierte er zunächst Theologie und Orientalistik in Tübingen, Berlin und Leipzig. Während seines Militärdienstes von 1915 bis 1919, der ihn bis in den Nahen Osten führte, brachte er sich als Autodidakt Türkisch bei. Die Bekanntschaft mit türkischen Archäologen bestärkten ihn, sein Orientalistikstudium abzuschließen. 1924 promovierte er bei H. Stumme und A. Fischer in Leipzig zum Thema „Das Schicksal in der altarabischen Poesie“. Studienreisen führten ihn nach Nordafrika und Südosteuropa, während er als Assistent in der Max-Freiherr-von-Oppenheim-Stiftung (dem späteren Orientinstitut) in Berlin arbeitete.

7 Vgl. UAG, Personalakte Caskel, 911.

Als einer seiner besten Freunde, E. Bräunlich, 1930 Greifswald verließ, um in Königsberg und Leipzig den Lehrstuhl für Arabistik zu übernehmen, wurde W. Caskel als Dozent für orientalische Philologie nach Greifswald berufen. Dieses Fach vertrat er zugleich an der Universität Rostock. Besonders enge Beziehungen knüpfte er zum Greifswalder Dalman-Institut für Palästinakunde an der Theologischen Fakultät.

Neben seiner Lehrtätigkeit konzentrierte sich Caskel in Zusammenarbeit mit M. Oppenheim und E. Bräunlich auf die Erforschung der altarabischen Geschichte. Internationale Anerkennung brachten ihm seine zahlreichen Artikel und seine Monographien zur Beduinengeschichte. Den Beginn seiner Verfolgungen markiert ein erster Aktenvermerk vom 27. Februar 1936, der ihn als „jüdischen Mischling 1. Grades“ diskriminiert, weil sein Vater zwar evangelischer Konfession aber jüdischer Herkunft war. Dank seiner nichtjüdischen Ehefrau und einer Stellungnahme der NS-Dozentenschaft, die ihn als „unscheinbar, aber wissenschaftlich recht produktiv“ beurteilte, kam es zunächst zu keinen Repressionen. Rückblickend auf diese Zeit bemerkt Caskel später: „Der Umbruch verwandelte das gegenseitige Vertrauen vielfach in Mißtrauen. Wären einem die späteren Erfahrungen erspart geblieben, so hätte man über das hektische Treiben lächeln können, den run der Nichtnazis auf die SA, den der Nazis auf die Posten und Pöstchen, die gespielten und die nicht ernst genommenen Übertritte, aber auch über unsere beiden Philosophen, von denen keiner mehr prüfen durfte, und von denen einer, ein Österreicher, zu grüßen pflegte: Küß die Hand, gnä' Frau! Ein schönes Heil Hitlerchen für den Herrn Gemahl!“⁸

Caskel wurde noch am 24. Februar 1936 die Genehmigung erteilt, die Wahl zum korrespondierenden Mitglied der *Hispanic Society of America* anzunehmen. Im Herbst gleichen Jahres kehrte er vom Deutschen Orientalistentag in Bonn verstimmt nach Greifswald zurück. Antisemitische Stimmen waren nicht mehr zu überhören und beeinträchtigten das Arbeitsklima.⁹ Am 21. Februar 1938 verfügte der Reichsminister den Entzug der Lehrbefugnis mit Ende des Sommersemesters 1938. Caskels Bitte, seine Entpflichtung nicht publik zu machen, wurde entsprochen,¹⁰ die Streichung aus dem Personal- und Vorlesungsverzeichnis jedoch vorgenommen. Damit wurde die lange Tradition der Greifswalder Orientalistik beendet, denn die Position

8 Vgl. Erinnerungen eines Orientalisten, in: E. Graf (Hrsg.), Festschrift Werner Caskel, Leiden 1968, S. 19.

9 Vgl. ebd., S. 20.

10 UAG, Personalakte Caskel, 911, Schreiben des Ministers für Wissenschaft, Erziehung und Volksbildung vom 21. Februar 1938.

„Orientalische Philologie“ blieb vakant. Sein Ziel, Lehre und Forschung in einer Symbiose von Arabistik und Islamkunde zu betreiben, konnte Caskel erst nach dem Zweiten Weltkrieg realisieren. Nach einer kurzen Lehrtätigkeit an der Humboldt-Universität Berlin holte ihn Theo Bauer nach Köln, wo er 1949 das Orientalische Seminar der Max-Oppenheim-Stiftung gründete. Aus dem Kreis seiner Greifswalder Schüler und Mitarbeiter sei hier nur der spätere Direktor des Vorderasiatischen Museums und der Staatlichen Museen zu Berlin Rudolf G. Meyer genannt.

Einschneidende Auswirkungen hatten die Repressionen gegen jüdische Hochschullehrer auch an der Juristischen Fakultät. Professor Paul Merkel¹¹ schrieb in seinem Entpflichtungsgesuch vom 24. August 1935: „Da auch der Fachvertreter für Zivilprozeßrecht Nichtarier ist, hat unsere Ausschaltung zur Folge, daß seit nunmehr zwei Jahren die Rechtskandidaten in diesen Fächern von Praktikern geprüft werden, denen zum mindesten die persönliche Kenntnis der Kandidaten aus Vorlesungen und Übungen fehlt ... noch nachteiliger ist es, daß ihnen jetzt nicht mehr möglich ist, mit einer strafrechtlichen Dissertation zu promovieren.“

Der am 18. September 1872 in Rostock geborene Paul Merkel war, nachdem er sich 1900 in Marburg habilitiert hatte und zum Professor nach Königsberg berufen worden war, seit 1909 in Greifswald der Fachvertreter für Straf- und Prozeßrecht. Zeitweilig wirkte er sogar als Rektor der Universität.

Der „Ariernachweis“ stempelte ihn zu einem „Vierteljuden“, da der Großvater mütterlicherseits, der bekannte Göttinger Professor Henk, jüdischer Herkunft war. Nachdem Merkel im September 1933 im Zusammenhang mit dem Reichsprozeß „staatsfeindliche Äußerungen“ vorgeworfen worden waren, und das Dienststrafverfahren noch mit einer „scharfen Mißbilligung“ seitens des Rektors abging, verkraftete der Gelehrte die späteren Diskriminierungen nicht. Seinem Entpflichtungsgesuch wurde mit Wirkung zum 31. März 1936 stattgegeben. Am 10. Dezember 1936 verstarb Merkel in München.

Nicht weniger tragisch war das Schicksal seines Kollegen, des a.o. Professors Josef Junker. Er war am 9. September 1889 in Pitesti (Rumänien) geboren und war seit 1915 deutscher Staatsbürger. Als Herausgeber medianistischer Rechtsquellen hatte er bereits wissenschaftliches Ansehen erlangt, als er 1926 als Dozent nach Greifswald berufen wurde. Wie zuvor in Bonn und Königsberg vertrat er hier die Fachgebiete bürgerliches Recht, Zwangsvollstreckung, Konkurs und seit 1927 auch das Kirchenrecht. Die

11 UAG, Personalakte Merkel, 421.

Hoffnung des Hochschullehrers „... als Frontkämpfer während des Weltkrieges und während der Leipziger Straßenkämpfe im Frühjahr 1920 gegen die Anwendung des Arierparagraphen geschützt“¹² zu sein, bestätigte sich nicht. Dem Ausschluß aus dem Prüfungsausschuß, der Ablehnung, am Internationalen Rechtshistorischen Kongreß im November 1934 in Rom teilzunehmen, folgte der Erlaß des Reichsministers vom 23. September 1935, welcher ihn mit Wirkung vom 1. November 1935 von seinem Lehramt „beurlaubte“. Im Namensverzeichnis der Universität war er als „beurlaubt“ zu führen, sämtliche akademischen Rechte wurden ihm entzogen. Erfolglos unternahm er bis Anfang 1936 den Versuch, gegen die ‚nichtarische‘ Einstufung anzugehen, da er über keine genauen Abstammungsdaten verfügte. Am 18. Oktober 1938 verstarb Josef Junker in Bonn an einem Herzschlag.

Schwer überschaubar sind die Auswirkungen antisemitischer Maßnahmen an der Medizinischen Fakultät. Über die Ausgrenzung von Pflegepersonal und Assistenzärzten, Pharmazeuten und Laboranten liegen bisher nur einzelne Hinweise vor. Weitgehend nachvollziehbar ist das Schicksal von einzelnen Hochschullehrern im medizinischen Bereich. Wilhelm Steinhausen (27. August 1887 bis 2. März 1954) wirkte an der Greifswalder Universität als Ordinarius für das Fach Physiologie. Als Institutsdirektor, Lehrer und Forscher auf dem Gebiet der Gleichgewichtsphysiologie genoß er internationale Anerkennung, wovon auch seine Kongreß- und Vortragsreisen nach Boston, New York (1929) und Leningrad (1938) zeugen. Da er über eine seiner Großmütter keinen Nachweis „arischer Abstammung“ erbringen konnte, galt Steinhausen als „Mischling 2. Grades“. Auf der Grundlage des Reichministererlasses vom 3. September 1934 erhielt er am 15. Oktober die Aufforderung, seinen Vorsitz im Ausschuß für ärztliche und zahnärztliche Vorprüfungen niederzulegen.¹³ Sein Protest gegen diese Maßnahme begründete er mit seiner „vaterländische(n) Gesinnung“ und dem Fehlen eines urkundlichen Belegs für die jüdische Herkunft. Als sich die Situation zuspitzte und am 3. Juli 1937 das Reichsministerium anregte, ihm aufgrund seiner „Abstammung“ und „ungünstigen politischen Beurteilung“¹⁴ in den Ruhestand zu entlassen, traten der Dekan der Medizinischen Fakultät und der Rektor mehrfach gegenüber dem Ministerium für sein Verbleiben ein.¹⁵ Die Notwendigkeit der zügigen Ärzteausbildung für den bevorstehenden Krieg kann ein Grund gewesen sein, daß „In Würdigung der für Professor Dr.

12 UAG, Personalakte Junker, 448, Schreiben Junkers vom 5. Dezember 1939.

13 Vgl. UAG Personalakte Steinhausen, 586, Bl. 27.

14 Vgl. ebd., Bl. 65.

15 Vgl. ebd., Bl. 38.

Steinhausen sprechenden Umstände ... von der Anwendung des § 6 BBG auf ihn (abgesehen wurde)".¹⁶ Die „Katastrophe des Abgebautwerden“¹⁷ ging somit an ihm vorüber, und mit Wirkung vom 21. Juni 1939 erhielt Steinhausen sogar seine Prüfungsberechtigung zurück. Trotzdem blieben die Auseinandersetzungen um seine Person nicht ohne Folgen. Jahrelange Ungewißheit über das weitere Schicksal und die verschiedenartigen Formen der Diskriminierung untergruben seine Gesundheit. Seit 1943 mußte er mehrmals wegen „nervöser Erregungszustände“ klinisch behandelt werden, 1954 verstarb er in Greifswald.

Alfred Lublin und Walter Jacobi wurden von der menschenverachtenden Politik voll getroffen. Lublin hatte sich als Schüler von Minkowski, Stepp und Schmitz der Diabetes-Forschung zugewandt. Er erwarb sich Verdienste bei der Entwicklung physikalischer Untersuchungsmethoden und therapeutischer Technik. Unter Professor Katsch als Klinikchef untersuchte er die ersten 300 Diabetes-Fälle im 1930 geschaffenen Heim in Garz auf Rügen, woraus Grundsätze der Diabetesbetreuung abgeleitet wurden. Sein gemeinsam mit Kroner herausgegebenes Werk „Produktive Diabetikerfürsorge“ blieb lange Zeit ein Handbuch der Diabetikerberatung. Die hoffnungsvollen Forschungen von Lublin wurden bereits 1934 unterbrochen. Zunächst erfolgte der Ausschluß aus dem Prüfungsausschuß¹⁸ und eine Beurlaubung für zwei Semester 1934/35. Zum 1. Oktober schied der Gelehrte schließlich aufgrund des Paragraphen 3 des „Gesetzes zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums“ zwangsweise aus dem Lehrkörper der Greifswalder Universität aus.

Walter Jacobi, geboren 1889, war mit Wirkung vom 1. November 1934 zum ordentlichen Professor und zum Direktor der Psychiatrischen Klinik und Poliklinik nach Greifswald berufen worden. Seine Erfahrungen als ehemaliger Direktor der Heil- und Erziehungsanstalten Stadtroda und Direktor der städtischen Nervenlinik zu Magdeburg¹⁹ konnte er in sein neues Amt einbringen. Seine Berufung in Nachfolge des durch Selbstmord ums Leben gekommenen Edmund Forster erfolgte jedoch in denkbar ungünstiger Zeit: Ansätze der Neurochirurgie in der Nervenlinik wurden als Einmischung

16 Vgl. ebd., Bl. 44, 76.

17 Vgl. ebd., Bl. 53, Schreiben des Kurators an den Direktor des Pathologischen Instituts, Professor Loeschke.

18 Vgl. UAG, Med. Fakultät 83, Lublin.

19 Vgl. Allgemeine Thüringische Landeszeitung Deutschlands vom 18. November 1930 und Generalanzeiger Magdeburg vom 18. Dezember 1934.

in die Kompetenz der Chirurgie empfunden.²⁰ Denunziantentum, Mißtrauen und Karrierismus blühten. In dieser Situation konnte Jacobi kaum auf kollegiale Unterstützung hoffen, als sich herausstellte, daß er seit 1920 in zweiter Ehe mit Clara Baedecker (einem „jüdischen Mischling“) lebte, – wie sie im Falle des Zoologen Prof. E. Matthes, der ebenfalls mit einer „Nichtarierin“ verheiratet war, wirksam wurde.²¹ Mit dem Vorwurf, „...gelegentlich seiner Berufungsverhandlungen nur eine Urkunde über die erste Verheiratung vorgelegt und versichert zu haben, daß keine Umstände bekannt seien, die auf eine nichtarische Abstammung der Frau schließen lassen“,²² erfolgte im Mai 1935 eine „vorläufige Dienstenthebung“ und im November 1936 ein Dienststrafverfahren, welches mit einem Verweis endete. Um seine „Unschuld“ nachzuweisen, ließ er sich im September 1935 von seiner Frau scheiden. Auch eine neue Ehe mit Dr. Elly Rickmann sollte ihm nicht helfen, in Greifswald Fuß zu fassen. Zwar wurde Jacobi ab 1. Januar 1937 wieder zum Dienst zugelassen, aber die Universitätsleitung, Dozentenschaft und eine Reihe von Assistenzärzten der Nervenklinik drängten „aus politisch-moralischen Motiven“ weiter auf eine Entpflichtung.²³ Jacobi wurde schließlich zum 31. Dezember 1937 auf der Grundlage des Paragraphen 6 des „Gesetzes zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums“ in den Ruhestand versetzt. Ein Schreiben vom 3. Dezember 1937 an den Dekan der Medizinischen Fakultät läßt erkennen, wie er die Entscheidung wertete: „betrachte ich die Pensionierung als Diffamierung meiner Person.“ Eine letzte Aktennotiz vermerkt: „Mitteilung der Witwe, daß Prof. W. Jacobi am 13. Juni 1938 verstorben ist.“ Die Umstände seines plötzlichen Todes lassen sich nur erahnen.

Jedes Einzelschicksal reflektiert die Zuspitzung der Situation von 1933 bis 1945: von der Einschränkung einzelner Tätigkeitsfelder über das Berufsverbot bis zur Bedrohung der Existenz ganzer Familien, über deren Schicksal hier nichts ausgesagt werden konnte. Möglicherweise hat das zeitlich und personell differenzierte Vorgehen das Ausmaß antisemitischer Maßnahmen an der Universität verschleiert, doch muß die Frage nach dem „Davor“ und dem „Danach“ weiter gestellt werden.

20 Vgl. Universität Greifswald – 500 Jahre, Berlin 1954, S. 411f.

21 Ernst Matthes, Prof., Direktor des Zoologischen Instituts, entging der Zwangspensionierung durch die Übernahme des Lehrstuhls für Zoologie in Coimbra Portugal. (vgl. UAG, Personalakte Matthes, 109).

22 Vgl. UAG, Personalakte Jacobi, 632, Bl. 23 – 27.

23 Ebd., Brief vom 24. August 1937.